

An:
E-Control
Rudolfsplatz 13a
1010 WienWien,

01. September 2018

Betreff:
Stellungnahme Begutachtungsentwürfe: RfG Schwellenwert- und RfG Anforderungs
Verordnung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Der EEÖ bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Grundsätzlich ist die Anpassung der Netzanschlussbedingungen entsprechend dem Network Code Requirements for Generators zu begrüßen. Allerdings ist die bisherige Vorgangsweise seitens der für die Erstellung verantwortlichen Netzbetreiber deutlich zu kritisieren. Die durchgängig mangelhafte und intransparente Einbindung der Erzeuger und Hersteller von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbaren Energien wie auch die nicht vorhandene Transparenz zu den Entscheidungsgrundlagen erschwert die Beurteilung der vorliegenden Unterlagen.

Die unter anderem betriebswirtschaftlich begründete Aktivität von Unternehmen aus dem Netzbetrieb impliziert ein Eigeninteresse, das ein erhöhtes Maß an Transparenz erforderlich macht. Dieses Mindestmaß wurde im bisherigen Prozess nicht erreicht und sollte im weiteren Verlauf auch hinsichtlich einer volkswirtschaftlich sinnvollen und zukunftsfähigen Netzinfrastuktur intensiviert werden. Im Sinne eines Umbaus unseres Energiesystems zu einem erneuerbaren Stromsystem und der Sektorkopplung ist die intensive Einbindung von Technologielieferanten und Energieerzeugern unabdinglich. Die geforderte Transparenz und Öffentlichkeit sollte durch entsprechende Kooperation und Einbindung aller Akteure erfolgen. Der Dachverband Erneuerbare Energie Österreich wie seine Mitgliedsverbände unterstreichen daher das Angebot zur Kooperation unter Beistellung der verfügbaren Kapazitäten und Experten aller Technologien.

Zu den konsultierten Dokumenten:

RfG Schwellenwert-Verordnung

Der EEÖ lehnt die Herabsetzung der Schwellenwerte für Stromerzeugungsanlagen ab. Derzeit liegt keinerlei Begründung vor, warum diese Schwellenwerte herabgesetzt werden und die Folgenabschätzung ist ohne vollständige Darstellung aller gewünschten Maßnahmen für die jeweiligen Gruppen nicht möglich. Der Network Code „Requirements for Generators“ wurde von den europäischen Übertragungsnetzbetreibern und unter Beteiligung der österreichischen Netzbetreiber verfasst. Aus den veröffentlichten Dokumenten ist nicht ersichtlich, dass der Bedarf nach einer Erweiterung der Schwellenwerte geäußert oder inhaltlich fundiert dargelegt

wurde. Es ist vollkommen unverständlich, warum der österreichische Übertragungsnetzbetreiber beziehungsweise die österreichischen Netzbetreiber hier unbegründet vom gesamteuropäischen Konsens abweichen.

Die Folgen der Herabsetzung der Schwellwerte sind aus heutiger Sicht weder abwägbar noch bewertbar. Da große Teile der technischen und organisatorischen Anforderungen an die jeweiligen Typen der Erzeugungsanlagen bisher nicht geregelt sind und auch nicht im Rahmen dieser Konsultation geregelt werden, lässt sich nicht einschätzen, welche Kosten und welcher Aufwand mit der massiven Herabsetzung der Kategorien verbunden sind. Insofern ist auch unklar, welchen Zweck diese Herabsetzung für die Netzbetreiber haben soll. Die Herabstufung würde außerdem einen Großteil der bereits jetzt in Umsetzung befindlichen Erzeugungsanlagen betreffen, was zusätzlich eine rückwirkende Verschlechterung der Investitionsbedingungen bedeutet und AnwenderInnen nachhaltig beeinträchtigt.

Hier ist auch die mangelnde Konkretisierung der „Kann-Bestimmung“ zu Zertifizierungsstellen einzuordnen. Da diese für Kategorie D verpflichtend sind und die Ausstattung dieser Stellen vollkommen intransparent und unklar ist, sind die Auswirkungen der Schwellwerteinordnung schlicht nicht bewertbar.

Die mangelnde Begründung unter Verwendung fachlicher Argumente erweckt den Eindruck von Willkür. Auch die Anwendung in anderen europäischen Ländern zeigt, dass die Netzbetreiber hier höchst uneinheitlich vorgehen, jedoch den Bedarf zumindest quantitativ oder qualitativ bewerten müssen, um damit nachgelagert einen umfassenden Aufwand im gesamten Energiesystem rechtfertigen.

Beispiele für die nicht bewertbaren Konsequenzen sind etwa

- Kommunikationsfähigkeit: dieser Bereich ist derzeit nicht definiert und kann vor allem bei Kleinanlagen einen erheblichen Investitionsbedarf verursachen. Darüber hinaus bieten überbordende Schnittstellen eine Angriffsfläche für IT Sicherheit, was wiederum nur durch hohe Investitionen in eben diese Sicherheit kompensiert werden kann. Die notwendigen Maßnahmen sind erst nach Vorliegen aller vom NC RfG umfassten Elemente bewertbar.
- Abhängig von der Anlagentechnik sind technische Anforderungen etwa für wärmegeführte Anlagen nicht ohne Gefährdung der Wärmeversorgung oder durch Verursachung erhöhter Emissionen abdeckbar. Da die unqualifizierte Herabstufung der Schwellwerte jedoch auch bei technischen Anforderungen, die erst in den Technischen und Organisatorischen Richtlinien geklärt werden sollen, Auswirkungen zeigen wird, ergeben sich so teilweise existenzbedrohende Implikationen für kleinere Anlagenbetreiber.

Abschließend ist zu sagen, dass die Einschätzung, dass nur ein kleiner Teil neu hinzu kommender Anlagen von den Regelungen betroffen sein wird, nicht plausibel scheint und die Datenbasis dieser Einschätzung unklar ist. Da bis auf weiteres kein Vorschlag zu einer vollständigen Implementierung des RfG in Österreich vorliegt, werden jene Anlagen, die aufgrund bestehender Verträge errichtet werden natürlich weitgehend die Anforderungen des RfG erfüllen, jedoch die nationalen Anforderungen der Netzbetreiber unter Umständen nicht voll abdecken können, da auch die Flexibilität, die die RfG Verordnung gibt, nicht oder nur zum Nachteil der Anschlusswerber ausgenutzt wurde.

RfG Anforderungs-Verordnung

Generell ist zu sagen, dass die vorliegende Verordnung wesentlich deutlicher auf die spezifischen Anforderungen der Anlagentechnik eingehen sollte. So ergeben sich für Anlagen, die auf Brennstoffen basieren, andere Anforderungen als an Anlagen, die rohstoffunabhängig aber dafür dargebotsabhängig sind. Für häufig im Teillastbereich operierende, dargebotsabhängige Anlagen führen einige Anforderungen zu ineffizienten und technisch/ökonomisch problematischen Betriebsweisen.

Darüber hinaus sollte auch berücksichtigt werden, dass wärmegeführte Anlagen aufgrund ihrer technischen Auslegung anderen Restriktionen unterliegen als rein stromerzeugende Anlagen. Ergeben sich aus den technischen Anforderungen der Netzbetreiber Rückwirkungen auf die Wärmeerzeugung kann es sowohl zu Schäden an der Anlage selbst, aber auch zu deutlich erhöhten Emissionen kommen. Der Verstoß gegen Emissionsgrenzwerte wäre nicht nur ein auf gerichtlichem Wege zu klärendes Problem der Haftung, sondern auch ein ökologisches Problem, da beispielsweise bei der Müllverbrennung toxische Rückstände bei der unvollständigen Verbrennung entstehen. Die Ausführungen sollten jedenfalls auf diese Rahmenbedingungen Rücksicht nehmen.

Diesen auch im RfG vorgesehenen Bedingungen sollte in der nationalen Umsetzung im Sinne einer technisch-ökonomisch effizienten und sicheren Netzbetriebsweise Rechnung getragen werden. Die entsprechenden Formulierungen sollten KLAR gewählt werden und auf diese Eigenheiten abstellen. So ergibt sich sowohl für Anschlusswerber als auch Netzbetreiber ein Überblick, welche Möglichkeiten im Stromsystem tatsächlich bestehen.

Zu den Detailregeln:

§8 FRT Fähigkeit

Diese ist aus heutiger Sicht bei den Anlagen gegeben und ist sinnvoll. Bei Erzeugungsanlagen im wärmegeführten Bereich beziehungsweise bei brennstoffabhängigen Anlagen ist zu unterstreichen, dass sich wiederkehrende Fehler negativ auf den Betriebsmodus auswirken können. Das kann wie erwähnt sowohl ungeplante Emissionen aber auch Schäden an den Anlagen verursachen. Insbesondere kleine Anlagen sind davon betroffen. Insofern ist auch die Herabsetzung der Schwellwerte hier sachlich problematisch. Sollte auf diese Eigenschaften nicht abgestellt werden müssten Haftungsfragen im Detail geklärt werden. Insofern wird es als sinnvoll erachtet, entsprechende Formulierungen für diese Eigenschaften vorzusehen.

§13 Fähigkeit von Stromerzeugungsanlagen zur Abgabe von Blindleistung

Positiv wird bemerkt, dass Netzbetreiber den Blindleistungsbedarf bzw. Stellbereich nun schon bei Unterzeichnung des Netzanschlussvertrages angeben müssen. Das unterbindet in gewissem Ausmaß die bisherige Willkür in einigen Fällen.

Vorausstellend ist zu sagen, dass derzeit unklar und intransparent ist, wie sich der Blindleistungsbedarf in den Verteil- aber auch dem Übertragungsnetz ergibt da er, ausgehend von den aktuellen Anforderungen in manchen Netzgebieten höher ist als physikalisch

erforderlich. Auch die bilateralen Vereinbarungen zwischen ÜNB und VNB hinsichtlich der Blindleistungslieferung und die Rückwirkungen auf die Erzeuger und Verbraucher sind, genauso wie die tatsächlichen Anforderungen nicht öffentlich daher nicht nachvollziehbar. Die Auslegung von Erzeugungsanlagen auf den potentiell hohen Bedarf an Blindleistung mag aus Sicht des Netzbetriebs komfortabel sein, führt jedoch zu einem deutlich erhöhten Aufwand an Investitionen für Netzanschlusswerber ohne nachvollziehbaren Mehrwert für das Energiesystem. Die pauschale Forderung nach erhöhten Lieferungen von Netzdienstleistung ohne Begründung erscheint in einem liberalisierten Energiesystem mit dem Anspruch des effizienten Netzbetriebs und effizienter Produktion anachronistisch und führt vor allem zu Unsicherheit bei Investitionen und höheren Kosten für Netzanschlusswerber.

Wir sehen es daher als sinnvoll, den vorliegenden Stand der Technik und der wissenschaftlichen Evidenz zu respektieren und entsprechend den vorliegenden Studien und Praxisfällen, Blindleistung als Netzdienstleistung monetär zu bewerten, um eine möglichst effiziente Bereitstellung dieser Netzdienstleistung zu ermöglichen. Andernfalls wird weiterhin lediglich der Bedarf seitens der Netzbetreiber erhöht ohne diesen auch nur annähernd zu benötigen. Der entsprechende Bedarf wurde zu keinem Zeitpunkt nachgewiesen, der Regulator würde in der aktuellen Fassung unausgewogen, überschießend und einseitig entscheiden. Wir verweisen dazu auf die vorliegenden Studien:

- Brückl et. al (2016); „Zukünftige Bereitstellung von Blindleistung und anderen Maßnahmen für die Netzsicherheit“; Bundesministerium für Wirtschaft
- Kadam, Bletterie (2018); Studie zur Monetarisierung von Blindleistung in Österreich: Umfeldanalyse, Ist-Situation und potenzielle Zukunftsszenarien; Austrian Institute of Technology

Insofern lehnen wir den Vorschlag zur Blindleistungslieferung ab und plädieren für die Beibehaltung des derzeitigen Status gemäß TOR D4.

Weiters wird nochmals darauf verwiesen, dass die bisherige Formulierung „in lokal begründeten Ausnahmefällen“ von Netzbetreibern in vielfachen Fällen ignoriert wird und der erhöhte Bedarf nicht begründet wird. Maßnahmen zur Spannungshaltung sollten weiterhin in einem adäquaten Ausmaß zu den Kosten für alternative Maßnahmen stehen und auch transparent in einen solchen Kontext gesetzt werden.

Daher muss der Netzbetreiber dem Anschlusswerber bzw. dem Regulator darlegen, dass die realen Betriebszustände die erforderlichen Mengen an Blindleistung nötig machen bzw. der Bedarf nicht überkompensiert wird. Die Überkompensation gälte als Netzdienstleistung und sollte abgegolten werden. Ein Bedarf über den bisherigen Bedarf eines $\cos \phi$ von 0,925 induktiv oder kapazitiv besteht aufgrund des vorliegenden Kenntnisstandes weder derzeit noch in absehbarer Zukunft.

Ergänzungen

Wie eingangs erwähnt ist ein wesentlicher Teil der RfG Verordnung derzeit noch vollkommen unklar. Die Einbindung von Netzanschlusswerbern erfolgt nicht. Die frühzeitige Nutzung der technischen Möglichkeiten der Erzeugungsanlagen und der Eigenheiten im Netzbetrieb kann so

nicht in die notwendigen Rahmenbedingungen einfließen. Für den weiteren Prozess möchten wir auf eine stärkere Einbindung und Diskussionsprozesse durch die verantwortlichen Netzbetreiber verweisen.

Insbesondere der kritische Prozess der Gestaltung einer Zertifizierungsstelle auf Seiten der Netzbetreiber und eine größere Anzahl weitgehender Definitionen ist derzeit noch ungeregt. Die mangelhafte Einbindung der Erzeuger aber auch die unmögliche Bewertung der Gesamtumsetzung der RfG Verordnung lässt aus heutiger Sicht nur eine äußerst negative Bewertung des bisherigen Prozess' zu.

Mit freundlichen Grüßen



Florian Maringer
Erneuerbare Energie Österreich, Geschäftsführer



Kleinwasserkraft
Österreich

IG WINDKRAFT
Austrian Wind Energy Association

